

ASP-Landesversammlung	18. Oktober 2014
Antrag Die Bundeswehr auf dem Weg zur Freiwilligenarmee des 21. Jahrhunderts	Beschluss: <input checked="" type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung
Antragsteller: Außen- und Sicherheitspolitischer Arbeitskreis (ASP)	

Der CSU-Parteitag möge beschließen:

Die Bundeswehr auf dem Weg zur Freiwilligenarmee des 21. Jahrhunderts

Die Bundeswehr in der Neuausrichtung

Die Neuausrichtung ist die umfassendste Reform in der Geschichte unserer Bundeswehr. Sie folgt dem Rational „Vom Einsatz her denken“, ist sicherheitspolitisch begründet und muss nachhaltig finanziert und demographiefest sein. Sie betrifft sämtliche Bereiche der Streitkräfte und ist aufgrund der Aussetzung der Wehrpflicht von historischer Dimension.

Die Bundeswehr befindet sich derzeit in 17 Einsätzen weltweit und nimmt ihre Dauereinsatzaufgaben im In- und Ausland, wie z.B. die Überwachung des deutschen Luftraumes war. Sie stellt durchgängig Kräfte zur Nationalen Krisenvorsorge bereit und trägt mit ihren Partnern durch ihre Beiträge zur NATO Response Force und den EU Battle Groups kontinuierlich zur Krisenreaktionsfähigkeit von NATO und EU bei. Die regelmäßige Beteiligung an multinationalen Verbänden wie z.B. den Standing NATO Maritime Groups (Stehende NATO Marineverbände) und dem Air Policing (Luftraumsicherung) im Baltikum ist Ausdruck unserer Bereitschaft zur kollektiven Verteidigung und Lastenteilung im Bündnis.

Für den Heimatschutz ist die Bundeswehr vorbereitet, alle verfügbaren Kräfte, einschließlich der Reservisten, heranzuziehen. Eindrucksvoll hat die Bundeswehr hier ihre Leistungsfähigkeit bei der Hochwasserkatastrophe im Juni des vergangenen Jahres unter Beweis gestellt.

Sicherheitspolitische Herausforderungen

Die Risiken und Bedrohungen für Deutschland nehmen zu und rücken auch geographisch näher. Mittelbare Bedrohungen, die in aller Regel aus schwach ausgeprägten Ordnungsstrukturen und schlechter Regierungsführung resultieren, wirken sich auch auf die Sicherheit in Europa aus und berühren unsere Interessen als Handels- und Exportnation. In unseren Nachbarregionen Naher Osten und Afrika droht ein weiträumiger Zusammenbruch der politischen und sozialen Ordnung. Auch auf unserem Kontinent sehen wir uns mit der Infragestellung der Nachkriegsordnung konfrontiert. Die Grundsätze der Charta von Paris, die den Kalten Krieg beendete, sind in den vergangenen Monaten von Russland missachtet und verletzt worden.

Deutschland muss seiner internationalen Verantwortung gerecht werden. Unsere Bündnispartner erwarten von uns, dass wir uns gemessen am politischen Gewicht, der Größe und Wirtschaftskraft unseres Landes auch mit militärischen Mitteln an der gemeinsamen Bewältigung der Krisen und Konflikten beteiligen. Dies ist eine Frage von Bündnissolidarität und Gestaltungswillen, Lastenteilung und Verantwortungsbereitschaft. Über Jahrzehnte war Deutschland Profiteur der Solidarität unserer Partner. Nun sind wir gefordert, zu einem starken Bündnis, glaubwürdiger Abschreckung und schneller Krisenreaktion substantiell beizutragen.

Neben diplomatischen und entwicklungspolitischen Mitteln ist eine einsatzfähige und moderne Armee hierfür essentiell. Es liegt daher in unserem Interesse, mit der Bundeswehr auch künftig über ein glaubwürdiges und vielseitig einsetzbares Instrument der Sicherheitspolitik zu verfügen und somit für Frieden und Stabilität zu sorgen. Die Fähigkeit, zur Abschreckung, zur kollektiven Verteidigung, zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung auch mit Streitkräften beitragen zu können ist und bleibt eine zentrale Grundvoraussetzung für Frieden und Stabilität sowie die erfolgreiche Bewältigung sicherheitspolitischer Krisen.

Politischer Handlungsbedarf

Der politische Handlungsbedarf ist groß. Die sogenannte Friedendividende, mehrfache, häufig kurzfristige Eingriffe in die mittelfristige Finanzplanung, kontinuierliche Umplanungen, erforderliche Veränderungen in der Priorisierung durch die unterschiedlichen Erfordernisse der Einsätze, sowie die deutliche Verlängerung der Nutzungszeit zahlreicher Hauptwaffensysteme haben an der Substanz unserer Bundeswehr gezehrt.

Um dieser Fehlentwicklung wirksam entgegen zusteuern brauchen wir eine nachhaltige Finanzierung des Verteidigungshaushalts. Dabei reicht es nicht aus, die Verteidigungsausgaben zu verstetigen. Deutschland befindet sich im Vergleich der Verteidigungsausgaben in der NATO ohnehin im hinteren Drittel. Viele Partner bewerten dies mit Blick auf die Grundprinzipien des Bündnisses – Solidarität und faire Lastenteilung – als unzureichend und fordern von Deutschland einen substantielleren Beitrag zur gemeinsamen Bündnisverteidigung.

Für die weitere Entwicklung der Bundeswehr zu einer modernen, leistungs- und einsatzfähigen Freiwilligenarmee, die einen für Deutschland angemessenen Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung, sowie zur internationalen Krisenbewältigung leisten kann, bedarf es einer moderaten Erhöhung des Verteidigungshaushaltes.

Das wertvollste Potential unserer Bundeswehr sind motivierte, leistungswillige und –fähige Soldaten und zivile Mitarbeiter. Die Nachwuchsgewinnung ist daher von strategischer Bedeutung für die Einsatzfähigkeit unserer Streitkräfte.

Daher müssen die Rahmenbedingungen des Dienstes stimmen. Hohen dienstlichen Anforderungen, die den Einsatz des eigenen Lebens beinhalten können, muss ein hohes Maß an Fürsorge gegenüber stehen.

Die Bundeswehr muss attraktive Dienstbedingungen bereitstellen und ihren vorwiegend als Zeitsoldaten dienenden Angehörigen auch eine gute berufliche Perspektive nach Ende ihrer Verpflichtungszeit bieten. Neben attraktiven Bezügen geht es hier vor allem um zivilberuflich nutzbare Berufsqualifikationen, eine verbesserte Altersversorgung sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Einsatzfähiges, modernes Gerät und Material sowie gute Ausbildungsbedingungen sind ebenso bedeutsame Attraktivitätsmerkmale für den Dienst in der Bundeswehr.

Dazu zählt auch eine moderne Infrastruktur. Insbesondere hier besteht erheblicher Nachholbedarf.

Im Zuge der Neuausrichtung kommt auch den Reservisten der Bundeswehr eine weiter gewachsene sicherheitspolitische Bedeutung zu: Zur Entlastung der Truppe im Inland und als Spezialisten im Einsatz sind unsere Reservisten ebenso unverzichtbar wie beim Heimatschutz. Auch mit Blick auf die Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr muss die Reservestruktur weiter gestärkt werden.

Notwendige Maßnahmen

1. Die Neuausrichtung der Bundeswehr muss konsequent weitergeführt werden. Die Krisen und Konflikte, die die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeter mittelbar und unmittelbar bedrohen, erfordern einsatzbereite und leistungsfähige Streitkräfte, die im multinationalen Verbund in unterschiedlichsten Szenarien und im gesamten Intensitätsspektrum einen militärischen Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung, zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung leisten können.
2. Die jüngsten sicherheitspolitischen Entwicklungen und die gemeinsamen Entscheidungen in unseren Bündnissen (Europäischer Rat 2013, NATO-Gipfel 2014) fordern eine Bestandsaufnahme und Definition der Grundlagen deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die dem Konzept des vernetzten Ansatzes gerecht werden. Als bewährte Grundlage deutscher Außen- und Sicherheitspolitik diente bisher das Weißbuch. Mit Blick auf die drastisch veränderten Rahmenbedingungen ist das Weißbuch 2006 durch ein neues zu ersetzen.

3. Die Bundeswehr braucht eine moderne Ausstattung. Nur dann kann sie ihren Auftrag erfüllen und nur so können wir auch einen bestmöglichen Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten im Einsatz erreichen. Investive Ausgaben und Betriebskosten müssen künftig besser ausbalanciert werden und der rüstungsinvestive Anteil am Verteidigungshaushalt muss die durch die NATO vorgegebene 20%-Marke erreichen.
4. Die mittel- und langfristige Finanzplanung für die Bundeswehr muss verlässlich sein und auch die von den Staats- und Regierungschefs auf dem NATO-Gipfel beschlossene Orientierung an der 2%-Marke (Anteil am Bruttoinlandsprodukt) berücksichtigen. Vor allem die langjährigen Laufzeiten großer Rüstungsvorhaben führen häufig zu einer Diskrepanz von wirtschaftlichem Mitteleinsatz und haushaltsrechtlichen Bestimmungen. Hier sollte über die Möglichkeit geänderter Vorgaben beraten werden.
5. Deutschland ist ein Land der Hochtechnologie. Dies gilt auch für viele Sparten der Rüstungsindustrie. Der Bedarf der Bundeswehr alleine reicht absehbar nicht aus, um die vorhandenen Kapazitäten der Industrie effizient auszulasten. Daher ist die Bundesregierung aufgefordert, festzulegen, welche Schlüsseltechnologien nicht nur aus militärtheoretischer, sondern aus langfristiger sicherheits- und außenpolitischer Sicht unsere Bundeswehr und unser Land künftig brauchen. Als Ausgangspunkt sollte hier die Frage dienen, in welchen Bereichen deutsche Technologie auf dem Weltmarkt heute und seit vielen Jahren eine Spitzenposition einnimmt und wo wir eine ähnliche Position erreichen wollen.
Diese Festlegung erfordert auch eine Diskussion über eine zukunftsfähige, an unseren außen- und sicherheitspolitischen Interessen orientierte Exportpolitik.
6. Die Bundeswehr muss ein attraktiver Arbeitgeber sein. Der derzeitige Koalitionsvertrag mit der dort verankerten „Attraktivitätsoffensive“ und das „Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr“ sind hier erste wichtige Schritte, um auch künftig im Wettbewerb um qualifiziertes und leistungsfähiges Personal bestehen zu können.
Die Attraktivität der Bundeswehr hat jedoch auch eine gesellschaftspolitische Dimension: Sie liegt in der Anerkennung des Dienstes unserer Soldatinnen und Soldaten für unser Land! Dies weiter zu fördern, ist Aufgabe und Ziel unserer Politik.